Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
Berlin, 5. Decbr. Die von russischen Blättern verbreitete Nachricht, Graf Herbert Bismarck werde sich in der Angelegenheit der gefälschten Urkunden nach Petersburg begeben, findet bis jetzt keine Bestätigung.
Paris, 5. Dec. Ein Ministerium Goblet-Rouvier-Fleurens ist unwahrscheinlich. Im Lande, sowie in Paris herrscht vollständige Ruhe. Bei den Republikanern macht sich über den Ausgang der Krisis große Freude geltend.

Dresdner Nachrichten

32. Jahrgang.
Aufl. 46.000 Exempl.

Dresden, 1887.

Hochfeine Rothwein-Punsch-Essenz
à Flasche 2,25 Pfg., empfiehlt
C. H. Kühn, Dresden-N., Böhmischestraße 1.

Neueste Börsen-Telegramme.
Breslau, 5. Decbr. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 L. 100% excl. 50 Mark Verbrauchsabgabe Decbr. 46,00, April-Mai 49,50, do. 70 M. pr. Decbr. 35,80, April-Mai 33,80. Roggen December-Januar 116,50, April-Mai 124,50, Mai-Juni 126,50. Rüböl Decbr.-Januar 50,50, April-Mai 50,50. Zink Schles. Vereins-Marke 17,10 bez. — Wetter: Trübe.
Stettin, 5. Dec. (Getreidem.) Weizen matt, loco 156,00—161,00, Dec.-Jan. 162,00, April-Mai 170,00. Roggen matt, loco 110—114, Dec.-Januar 115,00, April-Mai 123,50. Rüböl matt, Decbr.-Januar 48,75, April-Mai 49,50. Spiritus fest, loco ohne Faß 35,00, mit (50 Mark) Konsumsteuer 17,00, mit (70 Mark) Konsumsteuer 32,50, Dec.-Jan. 35,00, April-Mai 39,50. Petroleum loco verzollt 12,25.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Feder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Morgenkleider, grösstes Lager,
Kameelhaar-Decken
von 13—30 Mark.
W. Metzler, 9 Altmarkt 9.

Julius Beutler, Eisen-, Kurz- und Gusswaaren, Specialität: Alle Sorten eiserne Oefen, Bau-Artikel und Wirthschafts-Gegenstände.
DRESDEN, 7 Wallstrasse 7.

Nr. 340. Spiegel: Die Wahl Sadi Carnot's. Vorlage der Alters- und Invalidenversorgung. Hofnachrichten. Landtagsabg. Steyer †. Landtag. Petitionen und Beschwerden. Schwurgerichtsverhandlung Buschbeck. Freischütz. „Dresdner Hoftheater der Gegenwart."

Dienstag, 6. Decbr.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Steren in Dresden.

So belohnt sich doch eine gute That! Aus derselben Versenkung, in welcher der anrüchig gewordene Grevy verschwand, stieg der makellose Sadi Carnot empor. Daß er als redlicher und unbeugsamer Finanzminister die Finger fest auf dem Staatssäckel hielt, als ihm der Präsident der Republik eine schamlose Zumuthung machte, diese That, wenn sie gleich nur die allereinfachste Pflichterfüllung eines gewissenhaften Staatsbeamten ist, bildet den einzigen Grund für seine Erhebung auf die oberste Stelle im Staatswesen. Nenne man's nun den „Finger Gottes" oder das ewige Walten einer göttlichen Gerechtigkeit in der Geschichte, es macht (rein menschlich betrachtet) einen ermuthigenden Eindruck, wenn man gewahrt, wie die 852 Gesetzgeber Frankreichs, zum guten Theil selbst moralisch höchst verdächtig, gegen ihren Willen aber unwiderstehlich getrieben werden, einen Mann mit reinen Händen an die Spitze des Staates zu berufen. Sadi Carnot ist der reine Verlegenheitskandidat. Da sich weder für den verhaßten Ferry, noch den zaghaften Freycinet eine Mehrheit erzielen ließ, sah der Versailler Kongreß von Beiden ab und wählte den hochachtbaren Sadi Carnot. Er ist zu wiederholten Malen in den Ministerien Ferry's und Freycinet's, die er jetzt schlug, selbst Minister gewesen, gehört also keiner streng ausgesprochenen politischen Färbung an und eignet sich als vermittelnder Politiker somit recht gut zum Staatsoberhaupt. Von seinen staatsmännischen Fähigkeiten weiß man nicht viel zu berichten. Schöpferische Gedanken hat er als Finanzminister nicht an den Tag gelegt, der fortschreitenden Zerrüttung der Finanzen nicht Einhalt zu thun vermocht. Auch er war außer Stande, der Begehrlichkeit der Republikaner nach Vermehrung einträglicherer Staatsämter zu widerstehen. Doch hat er stets den Eindruck gemacht, daß er frei aller blendenden Eigenschaften, die öffentlichen Angelegenheiten mit Ernst behandelt. Das ist jedenfalls eine Seite, die ihn auch Deutschland gegenüber empfiehlt. Könnte sich der 4. Präsident der Republik entschließen, eine offene und entschlossene Friedenspolitik einzuschlagen, so würde man deutscherseits den Franzosen nicht blos aus dem Gefühle einer befriedigten Moral heraus zu ihrem Regierungswechsel Glück wünschen können.

Einig waren die Republikaner am Sonnabend, als sie Sadi Carnot wählten; schon am Sonntag aber begannen ihre Zerwürfnisse auf's Neue. Daß die Monarchisten die Mittelmäßigkeit Carnot's hervorheben, will nicht viel besagen; daß aber die Radikalen den neuen Präsidenten mit ihrer Ungnade bedrohen, falls er Gemäßigte in sein neues Ministerium berufe, eröffnet der Befestigung der Republik keine günstigen Aussichten. Die Befriedigung des Landes unter dem versöhnenden Abschluß der Präsidentschaftskrisis erscheint nicht lange andauern zu sollen. Frankreich stand wirklich vor einem Bürgerkrieg; kaum aber ist diese äußerste Gefahr beseitigt, so zeigt sich schon wieder die Zerfahrenheit der republikanischen Parteien, und Die, die ihn einmüthig gewählt, feinden ihn schon an, weil er ihnen möglicherweise nicht so viel Antheil an der Beute gewährt, als worauf sie Ansprüche zu haben glauben. Die Schwierigkeiten in der Bildung des ersten Ministeriums Sadi Carnot's sind groß. Carnot führt seinen Vornamen Sadi von seiner Mutter, einer geborenen Egypterin. Nach dem, was man von ihm weiß, ist er das Gegentheil dessen, was jener Vorname bedeutet: Im Arabischen heißt Zahid enthaltsam, bedächtig, Einsiedler; die türkischen Mönche aber, die so heißen, bezeichnet der Volksmund als sehr abergläubisch und betrügerisch. Das Letztere paßt nun schon gar nicht auf Carnot. Staatsmännische Eigenschaften zu bekunden, hat Carnot jetzt reiche Gelegenheit.

Bei den Verhandlungen des deutschen Reichstages über den Reichshaushalt und die Kornzölle kamen verschiedene Redner auch auf die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter zu sprechen. Man hörte da meist recht abfällige Urtheile. In den Ton der Geringschätzigkeit einzustimmen, mit dem die Wortführer der Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen das große menschenfreundliche Werk der Sozialreform behandelten, entspricht gewiß nicht unseren Neigungen. Aber verschweigen kann nicht bleiben, daß der Vorschlag, den Arbeiter erst mit dem 70. Lebensjahr in den Besitz der Altersrente überhaupt zu setzen, völlig unzureichend ist. Das durchschnittliche Lebensalter eines Arbeiters ist viel kürzer als das 70. Jahr. Es wird nur von wenigen Arbeitern erreicht und die Wenigen, die es auf diese Altersgrenze bringen, genießen dann die Renten (Pensionen) für welches sie ihr ganzes Leben lang Beiträge zahlen mußten, nur kurze Zeit. Sagt man, daß die Rente nicht höher als 120 M. und nicht so hoch bemessen werden kann, daß der Arbeiter ganz allein von ihr leben könnte, daß sie mehr als ein wohlthätiger Beitrag zu seiner Lebensunterhaltung anzusehen sei, so sollte man umsomehr den Genuß dieser Rente schon da eintreten lassen, wo die Jahre einen Ausfall am Verdienste des Arbeiters mit sich zu führen anfangen. Das ist bei den meisten Arbeitern bereits vom 60., sicherlich vom 65. Jahre an der Fall. Von da ab sollte man von Jahr zu Jahr steigende Renten zahlen, sodaß der das 70. Lebensjahr Erreichende 180—500 Mk. bezöge. Man bedenke, was es heißt, daß der Arbeiter vom 70. Jahre an die „volle" Rente von 120 Mk. erst dann bezieht, wenn er in jedem seiner Lebensjahre seit Eintritt in die Anstalt ganze 300 Tage beschäftigt war und den Beitrag von 2 Pfg. pro Tag gezahlt hat. Jeder fehlende Tag soll ihm an der Rente gekürzt werden. Ausnahmsweise soll freilich diese Kürzung nicht eintreten bei einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit und bei Erfüllung der Wehrpflicht. Dann deckt das Reich den Ausfall. Auch können die fehlenden Beträge nach- oder im Voraus eingezahlt werden. Unverschuldete Arbeitslosigkeit wie sie infolge von Geschäftsstockungen auch den besten Arbeiter trifft, schützt ihn jedoch nicht vor einer Schmälerung seiner Rente oder der Pflicht, vor- oder nachzuzahlen, um die Rente ungeschmälert zu erhalten. Jedenfalls muß irgendwie Vorsorge für die Fälle getroffen werden, wo Arbeiter infolge Einführung neuer Maschinen, Niederbrennens eines Fabrikgebäudes oder Geschäftskrisen unverschuldet ihr Brod verlieren. Ein Bedenken liegt freilich nahe. Wenn die arbeitslosen Tage abgezogen werden bei der Berechnung der Rente, so werden die Arbeiter sich angespornt fühlen, Alles, was in ihren Kräften steht, zu thun, daß sie nicht aus der Arbeit entlassen werden oder, wenn sie keine Arbeit haben, daß sie bald welche wieder bekommen. Aber es giebt denn doch viele Fälle, wo ein Arbeiter ohne alle Schuld brodlos wird und trotz eifrigen Bemühens keine neue Arbeit findet. Es mag ja schwer sein, in jedem Falle den Grund der Arbeitslosigkeit festzustellen; aber häufig läßt sich nachweisen, daß der Arbeiter ganz gegen seinen Willen feiern muß. Man wird zuzusehen haben, daß für unverschuldete Arbeitslosigkeit wenigstens einiger Ersatz geleistet wird.

Eine nicht minder beachtliche Frage ist die, ob nicht für die ländlichen Arbeiter die Beiträge und auch die Pension niedriger zu setzen wären, als für die städtischen Arbeiter; denn es ist zweifellos, daß der städtische Arbeiter die Beiträge leichter bezahlen kann, als der ländliche, daß er aber auch höhere Pension nöthig hat. Man hofft zwar, die Arbeiter würden dadurch veranlaßt, sich auf's Land zurückzuziehen. Damit ist aber den Arbeitern in vielen Fällen nicht gedient; sie werden in ihren alten Tagen lieber bei ihren Kindern bleiben wollen, für die eine Rente von 120 Mk. ein sehr willkommener Zuschuß zur Unterhaltung ihres Vaters darstellt. Die ländlichen Arbeiter würden in Rücksicht darauf, daß die höheren städtischen Löhne die Beiträge erleichtern, sich bewogen fühlen, noch mehr wie bisher die Städte aufzusuchen. Bedenklich erscheint der Vorschlag, daß dem Arbeiter, wenn er mehr als 300 Tage im Jahre arbeitet, dieses Mehr gutgeschrieben werden soll. Das ist eine Unterstützung der Sonntagsarbeit; denn nur durch sie kann der Arbeiter mehr als 300 Arbeitstage herausbringen. Ausgedehnt sollte die Altersversorgung auch auf die Handwerksmeister werden; das ist schon deshalb nöthig, weil es viele Gehilfen giebt, die erst später selbstständige Gewerbtreibende werden. Sollen sie Jahre lang als Gesellen oder Arbeiter Beiträge geleistet haben und dieselben, sobald sie sich selbstständig gemacht, verloren gehen? Auf weitere Seiten der Alters- und Invalidenversorgung zu kommen, wird später Gelegenheit sein.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Decbr.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Gesetzentwürfe betreffend die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen und betr. die Einführung der Gewerbeordnung in den Reichslanden. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist: erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. — Bundeskommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Köhler begründet die Vorlage mit der Nothwendigkeit einer einheitlichen und besseren Regelung der Fürsorge für die Familien der zum Dienst eingezogenen Mannschaften. Abg. Frhr. v. Ellrichshausen (Rchsp.) begrüßt die Vorlage als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit, hofft, daß dieselbe die Zustimmung aller Parteien finden werde und beantragt deren Verweisung an eine 21er Commission. Abg. Dr. Baumbach (fri.) giebt der Kommission zur Erwägung anheim, ob die Sätze der Vorlage, die ja allerdings Minimalsätze sein sollten, nicht höher zu bemessen seien. Hoffentlich gehe dem Reichstage noch in dieser Session eine Vorlage wegen Entschädigung der Familien der zu den Friedensübungen eingezogenen Mannschaften zu. — Abgeordneter Haupt (nationalliberal) ist für die Vorlage als einem Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande. — Abg. Harm (Sozialdem.) erklärt die Sätze für viel zu niedrig und will, daß die der Unfallversicherung als Richtschnur genommen werden. — Abg. v. Kleist-Retzow (konserv.) erklärt die vorgeschlagene Zusammensetzung der Unterstützungskommission für unannehmbar und verlangt eine nähere Präcisirung der Unterstützungsberechtigung. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf bestreitet dem Abgeordneten Harm gegenüber, daß die Unterstützung der eingezogenen Mannschaften eine sozialdemokratische Erfindung sei. Die Unterstützung bestehe schon jetzt und erfahre nur eine Umwandlung. Die vorgeschlagenen Sätze seien die Mindestsätze, die im Falle der Mindestbedürfnisse anzuwenden seien. Die Vorlage wird schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die 1. Lesung des Gesetzentwurfes betreffend den Verkehr mit Wein. Der Direktor des Reichsgesundheitsamtes Dr. Köhler begründet die Vorlage, welche dem Richter die Entscheidung über die Frage ob eine Weinfälschung vorliege, erleichtere. — Abg. Birklin (nationllib.) will, daß die Fabrikation von Kunstwein überhaupt verboten und für den sogenannten verbesserten Wein die Declaration eingeführt werden. Die Bezeichnung „Wein" setze ein Naturprodukt voraus, wenn nicht ein besonderer Zusatz die Vermischung angiebt. — Abg. Bamberger ist von der Vorlage enttäuscht. Wenn die Weinfrage nicht mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzgeberischen Mitteln gelöst wird, so sei das ein Armuthszeugniß für unsere ganze Gesetzgebung überhaupt. Wenn die Frage durch den Zoll geregelt werden könnte, so wäre sie längst gelöst. Bamberger plaidirt weiter für die Zulässigkeit der Versüßung des Weines und Veredlung durch unschädliche Stoffe und kritisirt die in der Weinfrage ergangenen gerichtlichen Entscheidungen. — Abg. Ulanger (konserv.) findet, daß die Vorlage auf einem einseitigen sanitären Standpunkte stehe, der den Interessen des Weinbaues nicht ausreichend Rechnung trage. Jedenfalls müßten die Grenzen des Begriffes „Wein" bestimmt und klar gezogen werden, damit Jedermann wisse, was zulässig sei. — Direktor Dr. Köhler erwidert Dr. Bamberger, daß die Verurtheilungen wegen Versüßung des Weines mit Zucker nicht stattgefunden haben. — Abg. Lingens theilt mit, daß in dem von Bamberger angeführten Falle es sich um Vermischung mit einer großen Menge Wasser, im Anderen theilweise mit nicht unbedenklichen Stoffen gehandelt habe. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen. — Mittwoch: Anträge auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter, Verweisung der politischen und Preßvergehen an die Geschworenengerichte und Wiedereinführung der Berufung.

Berlin. Die Reichstagskommission für die Getreidezollvorlage ist heute zusammengetreten. Freiherr v. Ow (Reichspartei) beantragte prinzipaliter die Erhöhung aller landwirthschaftlichen Zölle um ein Drittel, ev. die Festsetzung des Zolles für Weizen, Hafer, Roggen, Buchweizen auf 5 Mk., für Hülsenfrüchte auf 4 Mk. und für Gerste auf 3 Mk. Abg. Windthorst beantragte die Erhöhung des Zolles für Weizen auf 4 Mk. 50 Pfg., für Roggen auf 4 Mk. und für Hafer auf 2 Mk. Frhr. v. Pfetten (Centrum) beantragt für Roggen 4 Mk. 50 Pfg. und im Uebrigen der Regierungsvorlage zuzustimmen. Abg. Reichensberger, der im Reichstage selbst sich gegen die Kornzollerhöhung ausgesprochen hatte, erklärte sich in der Kommission für den Antrag Ow, da eine einfache Ablehnung der Vorlage, nachdem dieselbe einmal gemacht worden sei, große Unzufriedenheit hervorrufen würde. Weiterberathung morgen. — Der Volkswirthschaftsrath ist unter Vorsitz des Ministers v. Bötticher zur Berathung der Alters- und Invaliditätsversorgung zusammengetreten. In der Generaldebatte sprach sich nur ein Mitglied gegen die Vorlage aus. Dieselbe soll durch eine Kommission von 25 Mitgliedern, wovon 10 durch die Regierung ernannte Personen sind, vorberathen werden. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm unverändert die Etats der Reichseisenbahnen und des Reichsamtes des Innern an. Minister v. Bötticher erklärte bezüglich der Melbourner Ausstellung, daß die Interessenten Anfangs nur eine Betheiligung stark hingearbeitet hätten, sich jetzt aber kühl dazu verhielten. Reichskommissar Wehrmuth werde sich demnächst nach Melbourne begeben. (Derselbe weilt jetzt in den Rheinlanden und kommt in Kurzem auch nach Leipzig, um sich über die Betheiligung an der Ausstellung zu informiren.)

Die **Berliner Börse** eröffnete in Anschluß an auswärtige Notirungen mit höheren Coursen. Die Wahl Sadi Carnot's und das Gerücht, daß Graf Herbert Bismarck sich demnächst nach Rußland begeben werde, wirkten anregend. Später trat auf Grund eines politischen Artikels der „Köln. Ztg." eine vorübergehende Abschwächung ein. Spekulative Banken erfuhren zum Theil ansehnliche Besserungen. Deutsche spekulative Bahnen waren gut gefragt, doch erlitten Ostpreußen und Marienburger später eine empfindliche Einbuße. Oesterreichische Bahnen waren unbeachtet, Bergwerke fest, ebenso fremde Fonds. Im Kassaverkehre waren deutsche Bahnen fest, österreichische unbeachtet, Banken begehrt, und Bergwerke steigend. Für Industrien bestand gutes Interesse. Deutsche Fonds und österreichische Prioritäten waren fest. Privatdiskont 2¼ Proz.

Frankfurt a. M., 5. December. Credit 255½, Staatsbahn 178½, Lombarden 72½. Galizier 167½. Egypter 74,80. 4proz. ungar. Goldrente 80,40, Disconto 193,50. 6ber Russen —. Handelsg. —,—. Laura —. Schwächer.

Wien, 5. December. Credit 280,75. Staatsbahn 221,25. Lombarden 89,60, Nordwestb. 158,50. Marknoten 61,77½. Ung. Credit 286,75. Fest.

Paris, 5. Decbr. (Schluß.) Rente 82,80, Anleihe 108,10. Italiener 98,60, Staatsbahn 470,60. Lombarden 193,75, do. Prioritäten —,—. Spanier 69½, Egypter 377½. Ottomanen 515,50. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

London, 5. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 101½. 1873er Russen 94¼. Italiener 97½. Lombarden 7½. Konv. Türken 14 1/16. 4proz. fundirte Amerikaner 129½. 4proz. ungar. Goldrente 80½. Oesterr. Goldrente 89. Preuß. Consols 106. Egypter 73½. Neue Egypter 98½. Garant. Egypter 100½. Ottomandank 10 5/16. Suez-Actien 79¼. Spanier 67¼. — Stimmung: Fest. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 5. December. (Produkten (Schluß). Weizen per März 191, per Mai 193, steigend. Roggen per März 108, per Mai 108, behauptet.

Paris (Produkten), 5. December. (Schluß.) Weizen per December 22.75, per März-Juni 23.00, behauptet. Spiritus per December 45.50, per Mai-August 47.75, fest. Rüböl per December 57.25, per März-Juni 58.75, fest.

London, 5. December. (Produkten) Schluß. Weizen und Mehl ruhig, fest, Mais 1 Sch. gegen vorige Woche besser, Gerste und Hafer stetig, russischer Hafer Vollpreise, ordinärer Hafer mitunter theurer. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Am Sonntag Nachmittag begab sich Se. Kgl. Hoheit der **Prinz Friedrich August** in Begleitung mehrerer hohen Offiziere nach Pirna zu einer Offiziersfestlichkeit der Garnison Pirna und kehrte Abends zurück.

— Gestern Vormittag 11 Uhr 2 Minuten traf auf dem hiesigen Berliner Bahnhofe Se. Königl. Hoheit der regierende **Herzog Ernst** von Sachsen-Altenburg in Begleitung des Flügeladjutanten Hofmarschall Major v. d. Schulenburg ein. Zur Begrüßung des Herzogs, welcher die Generals-Uniform des Freiberger Jägerbataillons trug, dessen Chef bekanntlich Se. Hoheit ist, war Se. Majestät der **König** in Begleitung des Generaladjutanten Generalleutnant v. Carlowitz, Excellenz, erschienen. Ferner waren Zeuge der Begrüßung Se. Hoheit Prinz Albert von Sachsen-Altenburg und die Herren Stadtcommandant Generalleutnant O'Byrn, Exc., Polizeipräsident Schwauß und Polizeihauptmann Nehrhoff von Holderberg. Herzog Ernst, eine unterletzte imposante Erscheinung, zwei Jahre älter als Se. Majestät der König, bestieg nach Begrüßung der erschienenen Herren mit unserem König die erste Hofequipage und begab sich nach der Königl. Villa in Strehlen. Ihnen folgten die beiden Adjutanten der Monarchen. — Halb 1 Uhr erschien Se. Majestät mit dem Generaladjutanten v. Carlowitz bereits wieder in der Residenz, um die Vorträge der Herren Staatsminister und Abtheilungsvorstände entgegenzunehmen. Nachmittags fand in der Königl. Villa Hoftafel zu Ehren des fürstlichen Gastes statt. Heute begeben sich Se. Majestät der König, Se. Königl. Hoheit Prinz Georg und Se. Hoheit Herzog Ernst mit mehreren hohen Cavalieren zur Jagd im Thiergarten von Moritzburg. Die Abreise Sr. Hoheit des Herzogs Ernst erfolgt morgen.

— Se. Exc. Finanzminister v. **Könneritz** begab sich am Sonnabend von Leipzig aus nach Chemnitz.

— **Landtag.** Die zweite Kammer genehmigte in ihrer gestrigen kurzen Sitzung nahezu debattelos die im vorgestrigen Blatte in ihren Einzelheiten mitgetheilten Etats-Kapitel: Civilliste, Apanagen, Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten, Landtagskosten, stenographisches Institut und allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Referent war Abg. Horst, Correferent Abg. Drechsel. Zu den Kapiteln Civilliste Sr. Majestät des Königs, Schatullenbedürfnisse, Garderoben- und Hofstaatsgelder Ihrer Majestät der Königin, Apanagen ꝛc. erklärte Abg. Bebel im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie sich bei diesen Kapiteln der Abstimmung enthalten würden, mit Ausnahme der Position von 50,000 Mk. als außerordentlichen Beitrag zu den Etablirungskosten Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich August, gegen welche sie stimmen würden. In früheren Sessionen hatten es die Sozialdemokraten vorgezogen, bei der Abstimmung über dieses Kapitel den Saal zu verlassen. Bei dem Titel: „138,770 Mk. Ablösungsrente der Stadt Leipzig wegen Wegfall ihres früheren Antheils an den Handelsabgaben" richtete Vicepräsident Streit die Frage an die Regierung, ob die Rente kündbar sei oder nicht. Finanzminister v. Könneritz erklärte, daß bei dem in den 30er Jahren getroffenen Uebereinkommen der Vorbehalt der Ablösung gemacht worden sei. Er glaube aber nicht, daß damals festgestellt worden sei, unter welchen Verhältnissen diese Ablösung zu geschehen habe. Auch sei es sehr fraglich, ob es bei dem jetzigen niedrigen Zinsfuß für den Fiskus von Vortheil sei, Verhandlungen behufs Ablösung einzuleiten.

— Der 2. Kammer liegt bereits das zweite Verzeichniß der eingegangenen **Petitionen** und **Beschwerden** vor. Dasselbe umfaßt die Nummern 59—111. Unter den Petitionen befinden sich nicht weniger als 55 Anschlußerklärungen an die Petitionen um Beschränkung der Fortbildungsschulpflicht. Der Fachverein der Maurer für Leipzig und Umgegend und der Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer in Leipzig beschweren sich über die vom dortigen Polizeiamte verfügte Auflösung ihrer Gemeinschaft, Heinrich Dietz in Leipzig wegen der Auflösung der dortigen Kramerinnung. Um Aufhebung bez. Abänderung der Vorschriften betreffs der Uebergangsabgabe auf Fleischwerk ꝛc. bittet Fleischwarenhändler Illing in Dresden. Die Gemeinde Großhartmannsdorf petitionirt wiederum um Concessionirung einer Apotheke daselbst. Um Abänderung der Bestimmung in § 10 des Gesetzes betreffs der Beitragspflicht der unverheiratheten pensionirten Offiziere zum Staatspensionsfonds petitionirt Hauptmann a. D. Edler v. d. Planitz. Eisen-

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, Johannes-Alee 7, Café König.